Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn ℳ 1.60 Einzelnummer 10 ₰ — **Erscheint an jedem Werktage** — Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold — Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold

Anzeigenpreise: Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 ₰, Familien-Anzeigen 12 ₰, Reklame-Zeile 45 ₰, Sammelanzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postscheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 285 — Gegründet 1826 — **Montag, den 6. Dezember 1926** — Fernsprecher Nr. 29 — **100. Jahrgang**

Tagesspiegel

Dr. Stresemann hatte vor seiner Abreise nach Genf wiederholte Besprechungen mit dem russischen Volkskommissar Tschitscherin.

Der preußische Innenminister Grzesinski erklärte im Landtag, für die am 11. und 12. Mai bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft vorgenommenen Haussuchungen haben nach dem Bericht des Oberreichsanwalts keinerlei genügende Unterlagen bestanden, er spreche deshalb den Betreffenden sein Bedauern aus. Nur gegen Justizrat Claß sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks erklärte sich entschieden gegen den „Konsumtivkredit“.

Das sozialdemokratische Kabinett in Dänemark ist infolge des Ergebnisses der Landtagswahlen zurückgetreten.

Der Reichspräsident von Finnland beauftragte den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Tanner, mit der Bildung der neuen Regierung, nachdem das nationale Kabinett kürzlich zurückgetreten war.

In Piacenza sind 7 Kommunisten wegen Ermordung eines Faszisten im Jahr 1922 in Abwesenheit zu 13 bis 20 Jahren Kerker, und in Görz (Neuitalien) 3 junge Kommunisten wegen Verbreitung kommunistischer Flugschriften zu 4½ Jahren Kerker verurteilt worden.

Die Nachricht von dem Abschluß eines Freundschaftsvertrags zwischen Italien und Albanien hat in Südslavien starke Erregung hervorgerufen. In Belgrad erklärt man, der Vertrag komme der Errichtung der italienischen Schutzherrschaft über Albanien gleich und er sei geeignet, die „Freundschaft“ Südslaviens mit Italien zu zerstören.

Die Kantontruppen haben die Stadt Futschau besetzt. Die Bevölkerung hat die Truppen freundlich aufgenommen.

Nachklänge zur Reichstagsabstimmung

Berlin, 5. Dez. Die Blätter weisen fast ohne Ausnahme auf die Bedeutung der Annahme des Schutzgesetzes durch den Reichstag mit einer bürgerlichen Mehrheit hin, wie man sie kaum erwartet hatte. Der „Bürgerblock“ umfaßte alle Parteien von den Deutschnationalen bis zum Zentrum. Die „Tägl. Rundschau“ schreibt, die letzten Tage haben gezeigt, daß auf dem Gebiet der Kulturfragen eine Verständigung so gut wie ausgeschlossen ist. Es sei jedoch falsch, wenn die demokratische und sozialdemokratische Presse behaupte, bei den Verhandlungen sei der „Bürgerblock“ angestrebt worden. „Berl. Tageblatt“ (Linksdem.) und „Vorwärts“ meinen, das Schutzgesetz habe in die bereits sich anbahnende Große Koalition eine Kluft gerissen.

Oktoberbericht der Reichspost

Berlin, 5. Dez. Nach dem von der Deutschen Reichspost veröffentlichten Monatsbericht für Oktober hob sich der Verkehr in fast allen Geschäftszweigen. Die Zahl der Postscheckkunden erhöhte sich um 3383 auf 886 543 mit einem Guthaben von 542 Millionen. Der Telegraphenverkehr zeigte mit 3,5 Millionen Telegrammen im Oktober eine erhebliche Steigerung. Die Zahl der Sprechstellen erhöhte sich um 10 756 auf 2 606 733. Der Auslandsfunkverkehr ist gegen den Vormonat um fast 18 v. H. gestiegen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer erhöhte sich um 39 000 auf 1 285 631. Der gestiegene Verkehr brachte auch erhöhte Einnahmen, wodurch die Finanzlage der Reichspost sich etwas erleichterte. Im Oktober wurden rund 162 Millionen eingenommen und 141 Millionen ausgegeben. Im ersten Wirtschaftshalbjahr betrugen die Einnahmen 809, die Ausgaben 831 Millionen.

Errichtung des deutschen Tabakforschungsinstituts

Karlsruhe, 5. Dez. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Hoffmann vom Reichsernährungsministerium fand die erste Sitzung des Kuratoriums des Tabakforschungsinstituts für das Deutsche Reich statt, an der auch Vertreter der Regierungen von Preußen, Bayern und Baden teilnahmen. Die vom Reichsernährungsministerium vorgelegten Satzungen wurden angenommen und zwei Bauentwürfe für das Institut zur engeren Wahl gestellt. Die badische Landwirtschaftskammer stellt den Bauplatz und das notwendige Versuchsgelände zur Verfügung, während die Baukosten für die Einrichtung aus Reichsmitteln und namhaften Zuschüssen der badischen Regierung aufgebracht werden. Mit dem Bau soll im Frühjahr 1927 begonnen werden.

Parteiausschluß

Ohligs (Rheinpr.), 5. Dez. Die Zentrumsfraktion der Stadtverordnetenversammlung und die Zentrumspartei haben den Zentrums-Stadtverordneten Gülker ausgeschlossen, weil er gegen die Zentrumspartei in einer Mittelstandsversammlung den Vorwurf des Verrats am Mittelstand erhoben hatte.

Polnische Arbeiter im Saargebiet

Saarbrücken, 5. Dez. Die französische Pachtgesellschaft Frankenholz stellte polnische Bergarbeiter in ihre Gruben ein, wodurch Deutsche aus dem Schlafhaus verdrängt wurden. Seit einem Jahrhundert arbeitet der Saarbergbau ausschließlich mit einheimischen Arbeitern.

Die Aushöhlung des Locarnovertrags durch Frankreich

Der Versailler Vertrag bestimmt nichts über die zeitliche Dauer der feindlichen Militärüberwachung, nichts über die sachlichen Voraussetzungen, unter denen sie für beendet erklärt werden kann und muß. Die Frage der zeitlichen Dauer der Militärüberwachung unterliegt auch nicht der Beeinflussung durch den Völkerbundsrat, sie ist eine rein politische Frage, die zwischen Deutschland und den Mächten der Botschafterkonferenz ausgehandelt werden muß. Ob und wann uns die Kommission Walch verläßt, das ist eine Frage zweiten Rangs gegenüber der Hauptfrage, was geschehen wird, nachdem General Walch sich verabschiedet hat.

Ist aber der Unterschied zwischen „Militärkontrolle“ und „Völkerbundsinvestigation“ so groß, daß daraus eine nachträgliche Rechtfertigung der Politik abgeleitet werden kann, die nach Locarno und Genf immer noch auf die Gegenleistung Frankreichs wartet? Die Völkerbundsüberwachung wird zunächst eine Aenderung der Form, der Firma bringen. Völkerbund statt Entente. Nichts ändern wird sich an der Zuständigkeit der neuen Investigationskommissionen (investigare = aufspüren). Sie werden die nämlichen sachlichen Befugnisse besitzen, wie die alte Militärkommission. Auch sie können, unter militärischem Vorwand, jede Industrie- und Handelsspionage treiben wie bisher. Deutschland wird auch gegenüber den Organen des Völkerbunds zu den gleichen Erleichterungen der Nachforschung verpflichtet sein wie bisher, wo Kalkulationsbuch, Konstruktionen und Kundenliste dem Gegner zur Verfügung gestellt werden mußten. Nichts ändern wird sich an dem Personenkreis, der mit den Untersuchungen vom Völkerbund beauftragt werden wird. Es ist dafür gesorgt, daß in jedem Fall, wer immer den Antrag stellen mag, der Antragsteller, Frankreich, Polen, die Tschechei, seine Sachverständigen in die Untersuchungskommission entsenden wird, in der bekanntlich Deutschland nicht vertreten sein darf.

Das berüchtigte Investigationsprotokoll des Völkerbundes vom März 1925, das die Ausführungsbestimmungen zum Artikel 213 des Versailler Vertrags enthält und die Befugnisse der Kommissionen feststellt, bestimmt in Kapitel 5 der Ausführungsbestimmungen unter der Ueberschrift „entmilitarisierte Zonen“:

„In den vom Rat festgesetzten Fristen und mit seiner Zustimmung können die Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse an solchen Punkten der entmilitarisierten Zonen, an denen eine dauernde Untersuchung sich als notwendig erweisen sollte, gewisse ständige Elemente abordnen.“

Diesem Text gegenüber, um den Frankreich seinerzeit gekämpft hat, kann es keine Täuschung mehr über Frankreichs Absichten geben. Frankreichs Ziel ist, die Militärüberwachung in der alten Form zu verewigen. Diese Zusammenhänge zu Ende gedacht ergeben die Möglichkeit, daß wir in Zukunft zwei Kontrollorgane zu ertragen haben. Eine ständige, von Frankreich beherrschte Kontrollkommission am Rhein und daneben die von einem unserer liebenswürdigen Nachbarn veranlaßte „zeitliche“ Untersuchung.

Die Kreise in Deutschland, die seit Versailles bei jedem Schicksalsschlag, der uns betroffen, der Meinung waren, „es werde so schlimm schon nicht kommen“, werden natürlich geneigt sein, die Abwendung dieser Katastrophe von einer Deutschland günstigen Ratsmehrheit zu erwarten. Nach der Kette von Betrügereien, die man seit Locarno an uns verübt hat, ist es aber unabwendbar, in dieser Frage reinen Tisch zu schaffen. Das sollte nicht allzu schwer sein, denn diesmal ist auch die Rechtslage mit seltener Klarheit für uns. Der Versailler Vertrag hat in Artikel 213 nur „zeitliche“ Untersuchungen im Auge. Der Versuch Frankreichs, auf dem Umweg über Ausführungsbestimmungen den sachlichen Inhalt des Vertrags zu seinen Gunsten zu erweitern, ist ein rechtlich unmöglicher Vorgang, den kein Schiedsgericht der Welt, sollte man meinen, billigen kann.

Es geht in diesen Fragen um nichts weniger als um unser mühsam erworbenes Vertrauen, ehrliche Vertragsgegner vor uns zu haben. Es muß sich hier entscheiden, ob die Kabinette der Entente nach der sittlichen und politischen Verluderung der Nachkriegszeit zu der Einsicht fähig sind, daß man auch dem unterlegenen Gegner einen Vertrag ehrlich halten muß. Die Frage der Investigationen ist der Prüfstein, ob endlich Recht oder nach wie vor Willkür und Advokatenkniffe niederträchtigster Art die Zukunft Europas regeln sollen. Auf den moralischen Bankerott, dem Frankreich hier von Poincaré entgegengeführt werden soll, gäbe es sonst keine andere Antwort, als den Verzicht auf die Politik, die man Locarnopolitik genannt hat.

Ein Beitrag gegen die Kriegsschuldlüge

Ein Brief des ehemaligen Botschafters Goschen

Die englische Regierung hat am 1. Dezember mit der Veröffentlichung einiger diplomatischen Schriftstücke über den Kriegsausbruch begonnen — die wichtigsten und entscheidenden werden wohl nie das Licht der Oeffentlichkeit erblicken, während bekanntlich die deutsche Reichsregierung sämtliche Aktenstücke seit Gründung des Reichs bis zum Kriegsausbruch veröffentlicht hat. Diese Veröffentlichung, die bewiesen hat, daß die deutsche Regierung nicht nur keinen Krieg gewollt, sondern daß sie Jahrzehnte lang sich bemüht hat, den Frieden zu erhalten, hat die Regierungen Englands und Frankreichs in nicht geringe Verlegenheit gesetzt, und um den Schein zu retten, wollen sie jetzt auch „veröffentlichen“. Kundige lächeln verständnisinnig darüber. Aus Anlaß der englischen Aktenmitteilung veröffentlicht nun die Londoner „Times“ einen interessanten Brief von Sir Edward Goschen, der vor dem Krieg britischer Botschafter in Berlin war. Der Brief ist 1923 an einen Freund geschrieben, der mit Goschen über die Kriegsschuldfrage sich unterhalten hatte. Goschen schreibt: Der viel[illegible] Kronratin Potsdam am 5. Juli 1914, [illegible] große Krieg angeblich beschlossen worden sei, sei ein Märchen. Weder der Kaiser noch Bethmann Hollweg haben den Krieg gewollt. Er wisse bestimmt, daß Deutschland, als die Kriegsgefahr drohend wurde, sich bemüht habe, Oesterreich zur Annahme einer friedlichen Lösung zu bewegen. Der damalige russische Außenminister Sasenow habe darum gewußt, daß die russische Militärpartei entschlossen war, nicht nur gegen Oesterreich, sondern auch gegen Deutschland mobil zu machen. Oesterreich-Ungarn trage in erster Linie die Verantwortung am Krieg; an zweiter Stelle der Kaiser und Bethmann Hollweg, weil sie Oesterreich nicht rechtzeitig in den Arm gefallen seien, obgleich sie den Krieg nicht wollten, und weil sie die Friedensversuche des englischen Außenministers Grey nicht genügend unterstützt und auf dessen letzten Vorschlag keine Antwort mehr erteilt hätten.

Wenn dies richtig ist, so dürfte sich das einfach dadurch erklären, daß inzwischen die allgemeine Mobilmachung durch Rußland angeordnet worden war und damit der Krieg tatsächlich begonnen hatte. Goschen widerspricht sich übrigens selbst in dem Brief, indem er richtig angibt, Deutschland habe sich bemüht, Oesterreich zur Annahme einer friedlichen Lösung zu bewegen, andererseits ihm die Schuld gibt, Oesterreich nicht rechtzeitig in den Arm gefallen zu sein. Dieser Widerspruch ist aus dem Wunsch Goschens als Engländers, Deutschland auf jeden Fall mit einer größeren Verantwortung am Krieg zu belasten als England. Ueber die zweideutige Politik Greys, der jahrelang die Einkreisung Deutschlands betrieben hat, und die Scheinheiligkeit, mit der er im letzten Augenblick sich den Anschein gab, als wolle er den Krieg vermeiden, darüber schreibt Goschen nicht. Auch davon schweigt er, daß schon im Jahr 1897 die Londoner Zeitschrift „Saturday Review“ geschrieben hatte: „Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um soviel reicher wäre.“ — Das Blatt und die Engländer haben sich in dieser Erwartung bekanntlich gründlich getäuscht, aber darauf gewartet und darauf hingearbeitet haben sie oder sie ließen andere darauf hinarbeiten, während sie sich im Mantel der Gerechtigkeit im Hintergrund hielten, ohne die leitenden Fäden aus der Hand zu geben. — Von all dem spricht Goschen nicht; er spricht eben als Engländer für England, und wenn er nicht die Unwahrheit sagen will, so braucht er auch nicht die volle Wahrheit zu sagen.

Deutscher Reichstag

Das Jugendschutzgesetz angenommen

Berlin, 4. Dezember

Der Reichstag brachte die dritte Lesung des Gesetzes zum Schutz der Jugend gegen Schund- und Schmutzschriften zum Abschluß. Der grundlegende Artikel 1 wird mit 249 gegen 158 Stimmen bei 1 Enthaltung (Dem.) angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Demokraten mit einigen Ausnahmen.

Artikel 2 (Prüfstellen) wird in der Fassung der Verständigung mit 237 gegen 146 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen. Abgelehnt werden die Anträge der Sozialdemokraten, die öffentliche und mündliche Verhandlung der Prüfstellen, und daß die Prüfstellen nicht „im Einvernehmen“, sondern nur „im Benehmen“ mit den Länderregierungen errichtet werden sollen.

Art. 3 (Zusammensetzung der Prüfstellen) wird in einfacher Abstimmung angenommen. Der soz.-komm. Antrag, die Beteiligung der Kirchenvertretungen zu streichen, wird mit 238 gegen 168 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Artikel 4 (Verfahren der Prüfstellen) und Artikel 5 (Kosten der Prüfstellen) werden gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten unter Ablehnung aller Aenderungs- bezw. Steichungsanträge angenommen, ebenso Artikel 6 und 7.

Für das Gesetz stimmten Deutschnationale, Völkische Freiheitspartei, Wirtsch. Vereinigung, Deutsche Volkspartei, Bayer. Volkspartei und Zentrum.

In der Schlußabstimmung wird das Gesetz mit 250 gegen 158 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Mit Ja stimmen die Deutschnationalen, Völkische Freiheitspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftl. Vereinigung, Bayer. Volkspartei, Zentrum und einige Demokraten.

In zweiter und dritter Lesung wird auch der Gesetzent-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

wurf zur Aenderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge angenommen.

Das Haus vertagt sich bis Donnerstag, 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Württembergischer Landtag

Das Gewerbesteuergesetz

Stuttgart, 4. Dezember

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Landtags kam zuerst Abg. Göhring (Soz.) zum Wort. Man sehe aus der Verhandlung, daß der Patriotismus beim Geldbeutel aufhöre. Eine besondere Wirtschaftspartei zu gründen, sei ein Unding.

Ministerialrat Fischer macht darauf aufmerksam, daß die Sparkassen von der Gewerbesteuer befreit seien, soweit sich ihre Geschäfte auf den eigentlichen Sparverkehr beziehen.

Abg. Roth (Dem.) wendet sich gegen die Angriffe von rechts. Von einer demokratischen Aufputschung sei keine Rede. Der Bauernbundsabgeordnete August Müller trete auf wie der „Großmogul von Tibet" (!). Es sei nicht wahr, daß die Demokratie gegen die Bauern feindselig sei.

Abg. Mauthe (Dem.) verlangt, daß man der Industrie mehr entgegenkomme. Der Landtag behandle den Rückgang der Wirtschaft nicht mit dem nötigen Ernst. Auch der Finanzminister habe den Ernst der Lage nicht erfaßt. 90 Prozent der Ausfuhrgeschäfte müssen auf großes Risiko gemacht werden. Wenn die Demokraten behauptet haben, die gegenwärtige württ. Regierung werde in Berlin als „Querulantin" (nicht ganz zurechnungsfähige Klageführerin) angesehen, so haben sie damit sagen wollen, daß die württ. Haltung zur Handelsvertragspolitik in Berlin nicht immer ernst genommen werde.

Staatspräsident Bazille: Der Abg. Mauthe hat behauptet, die württ. Regierung gelte bei der Reichsregierung als „Querulantin"; Reichsbeamte hätten ihm (Mauthe) erklärt, die Haltung der württ. Regierung mache es den Behörden unmöglich, die Belange der württ. Wirtschaft richtig zu vertreten. Wenn der Abg. Mauthe den Mut besitzt, diese Beleidigungen der württ. Regierung in der Oeffentlichkeit auszusprechen, so hat er auch die Pflicht, die Urheber zu nennen. Heraus mit den Namen! Wir haben es satt, von hier aus über den Umweg von Berlin unser Nest fortwährend beschmutzen zu lassen. Man denkt unwillkürlich an gewisse Dinge, die sich beim Hindenburgbesuch in Stuttgart im Neuen Schloß zugetragen haben, man denkt an die jüngste Berliner Hetze wegen des Potemkinfilms. Vielleicht lassen sich Zusammenhänge aufdecken. Ich erwarte, daß der Abg. Mauthe die Namen nennt, damit die württ. Regierung das Erforderliche veranlassen kann.

Abg. Scheef (Dem.): Die demokratische Fraktion oder Partei habe keine der Kundgebungen veranlaßt. Diese Lage habe der Finanzminister selbst verschuldet. Die Rechte sollte mit der politischen Erziehungsarbeit an sich selber beginnen. Dem Mißtrauensvotum der Kommunisten werde seine Partei nicht zustimmen, ohne deswegen Freundschaft für den Finanzminister zu empfinden.

Finanzminister Dr. Dehlinger betonte, in den letzten 2 Monaten hätten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so verschoben, daß es klug sei, etwas nachzugeben und einige Abstriche vorzunehmen. Ohne Stuttgart betrugen die gesamten Nachlässe an der staatlichen Grund-, Gewerbe und Gebäudesteuer im Jahr 1924 150 000 und im Jahr 1925 90 000 Mark.

Nach weiteren sich bekämpfenden Ausführungen der Abgeordneten Fischer (Komm.) und Winker (Soz.) schritt man zu den Abstimmungen, die bei der großen Zahl von Anträgen sich sehr verwickelt gestaltete, aber von Präsident Körner gewandt geleitet wurde.

Angenommen wird die Bestimmung des Entwurfs, daß den Maßstab für die Besteuerung der steuerbare Gewerbeertrag bildet, ferner ein Antrag Schott-Bock betr. Gewerbesteuerfreiheit für Kirchensteuerzahlungen unter 150 M. Bezüglich der wichtigen Frage der Ausscheidung des persönlichen Arbeitsverdienstes wird der Ausschußantrag angenommen. Darnach werden ausgeschieden 90 v. H. der ersten Tausend RM. des gewerblichen Reinertrags, 80 v. H. der folgenden Tausend RM., 70 v. H. der folgenden Tausend RM., 60 v. H. der folgenden Tausend RM., 50 v. H. der folgenden zweitausend RM., 40 v. H. der folgenden zweitausend RM., 30 v. H. der folgenden zweitausend RM., 20 v. H. vom Rest des gewerblichen Reinertrags. Angenommen wird weiterhin ein Antrag Bock-Schott, wonach bei Gewerbetreibenden, die den freien Berufen nahestehen, ein weiterer Abzug von 2000 RM. eintritt. Das Finanzministerium bestimmt, welche Gruppen von Gewerbetreibenden als den freien Berufen nahestehend zu behandeln sind.

Sodann wird angenommen ein Antrag August Müller mit einem Antrag Bock folgenden Inhalts: Für körperschaftssteuerpflichtige Unternehmungen, die Elektrizitäts- und Gaswerke betreiben, auf die die Bevölkerung angewiesen ist, wird der auf die Versorgung der Bevölkerung entfallende Teil des steuerbaren Gewerbeertrags im selben Verhältnis gekürzt, zu dem das Reich, Länder, Amtskörperschaften, Bezirks- und Gemeindeverbände zusammen an dem Unternehmen beteiligt sind, mindestens um 40 v. H. In namentlicher Abstimmung wurde endlich noch ein Antrag Küchle, Bock, August Müller mit 57 gegen 11 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Dieser regelt die Ausscheidung des persönlichen Arbeitsverdienstes bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

*

In der Sitzung vom Samstag überwies der Landtag einen zweiten Nachtragsetat und den Entwurf einer Gebührenordnung für Rechtsanwälte an den Finanzausschuß. In dritter Lesung wurden genehmigt die Gerichts- und die Notariatskostenordnung.

Dann wurde in der Beratung des Gewerbesteuergesetzes fortgefahren. Zu großen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien kam es heute nicht mehr. Zunächst drehte sich der Streit um die Veranlagung nach dem Betriebskapital. Wenn der gewerbliche Reinertrag hinter 6 v. H. des gewerblichen Betriebskapitals zurückbleibt, so soll er nach dem Entwurf auf diesen Betrag erhöht werden. Der Steuerausschuß hatte statt 6 v. H. 5 v. H. beschlossen. Die Demokratie wollte 4 v. H., Bürgerpartei und Zentrum schlugen 4½ v. H. vor. Abg. August Müller beantragte die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also 6 v. H.

Finanzminister Dr. Dehlinger äußerte gegen die Ermäßigung der Rente auf 5 v. H. nur Bedenken vom Standpunkt der Gemeinden aus. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Müller (B.B.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage (6 v. H.) mit 41 Stimmen des Bauernbunds, der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen gegen 30 Stimmen der übrigen Parteien bei 1 Enthaltung (Bazille) angenommen. Abg. August Müller rief darauf den Demokraten zu: So, jetzt haben Sie es, das ist Ihrer Hetze zu danken.

Wichtige Abstimmungen ergaben sich auch zu der Bestimmung des Entwurfs, daß die aus dem Gesetz sich ergebenden Nachzahlungen an Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1926 binnen 2 Monaten nach Bekanntgabe der Steuerschuld zu entrichten sind. Hiezu hatte der Steuerausschuß beantragt: Für 1926 wird der steuerbare Gewerbeertrag um 15 v. H. gekürzt. Abg. Roth (Dem.) beantragte, für die Jahre 1926 und 1927 den gewerblichen Reinertrag des Jahrs 1926 um 25 v. H. zu kürzen und für die Nachzahlungen eine Frist von 6 Monaten zu lassen. Dieser Antrag wurde mit 36 Stimmen der Völkischen, Sozialdemokraten, Kommunisten und des Zentrums gegen 12 Stimmen bei 23 Enthaltungen des Bauernbunds und der Bürgerpartei abgelehnt. Desgleichen wurde abgelehnt ein Antrag Schott (B.B.) und Bock (Z.) betr. Kürzung auf 20 v. H. Dagegen wurde mit 57 Stimmen gegen 13 Stimmen des Zentrums und 3 Enthaltungen ein Antrag Winker (Soz.) angenommen, der folgende Kürzung vorsieht: Bis 3000 Mark Gewerbeertrag 25 v. H., bei mehr als 3000—5000 Mark 20 v. H., bei mehr als 5000 Mark 15 v. H. Abgelehnt wurde sodann ein Antrag Roth (Dem.), wonach die aus dem Gesetz sich ergebenden Nachzahlungen an Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1926 für die Monate April bis Oktober 1926 unerhoben bleiben sollten. Abg. Roth (Dem.) teilte mit, daß der Abg. Henne sich nicht um die Abstimmung gedrückt habe. Er sei krank. Angenommen wurde eine soz.dem. Entschließung, beim Reich dahin zu wirken, daß die Gebäudeentschuldungssteuer aufgehoben wird.

Schließlich wurde noch über den kommunistischen Antrag abgestimmt: Der Finanzminister besitzt nicht das Vertrauen des Landtags. Der Antrag wurde gegen die 7 Stimmen der Kommunisten mit 46 Stimmen abgelehnt. Sozialdemokraten und Demokraten enthielten sich der Stimme.

Die 3. Lesung des Gesetzes erfolgt später.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 15. Dezember, nachmittags.

Die billigste Tageszeitung
ist der ‚Gesellschafter', wenn Sie dessen Reichhaltigkeit in Betracht ziehen

Württemberg

Stuttgart, 5. Dez. Teilnahme von Ministern an Veranstaltungen. Die Vorgänge in Protestversammlungen der letzten Zeit gegen die Regierung haben das Staatsministerium veranlaßt, zu beschließen, daß die Minister an solchen Veranstaltungen künftig nicht mehr teilnehmen.

Falsche Behauptungen. Der Landesverband der Mietervereine und der Mieterverein Groß-Stuttgart laden durch Anschlag an den Plakatsäulen auf Montag abend zu einer Kundgebung ein. In der Einladung wird behauptet, die württembergische Regierung beabsichtige als Neujahrsgeschenk die Erhöhung des Mietzinses auf 150 v. H. der Friedensmiete und die Einstellung des Wohnungsneubaus. Beide Behauptungen sind unwahr.

Auszeichnung. Der Schriftleiter der Deutschen Wirtszeitung, Oskar Zenneck, hat für hervorragende Mitwirkung an dem schönen Erfolg der Ausstellung „Speis und Trank" vom Preisgericht der Nahrungsmittelausstellung die Goldene Medaille und ein Ehren-Diplom erhalten. Die Zeitung bekam eine Ehrenurkunde.

Die höhere Bauschule in Stuttgart wird im Winterhalbjahr 1926/27 von 344 Schülern besucht. Davon sind 284 Württemberger.

Ehrenpokal für die Stadt Eßlingen. Die alten Reichsstädte Gmünd, Heilbronn, Ravensburg, Reutlingen und Ulm haben zur Erinnerung an die Erneuerung des Alten Rathauses in Eßlingen einen kunstvollen Ehrenpokal gestiftet, der aus der Gmünder Kunstwerkstätte von Fritz Möhler hervorging und ein Kleinod seltener Goldschmiedekunst ist. Er wird vom Sonntag ab 8 Tage lang im Stuttgarter Landesgewerbemuseum ausgestellt.

Zum Gehaltsstreit der Angestellten in der Landesindustrie. Wie uns der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mitteilt, findet am Mittwoch, den 8. Dezember, eine Aussprache mit der Vereinigung württembergischer Arbeitgeberverbände über die schwebende Tarifangelegenheit statt.

Aus dem Parteileben. Am 6. Januar hält die Demokratische Partei Württembergs und Hohenzollerns ihre Landesversammlung in der Liederhalle. Es sind als Redner gewonnen: Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und die Reichstagsabg. Frau Dr. Gertrud Bäumer.

Aus dem Lande

Neuhausen a. F., 5. Nov. Schwerer Unfall. Das Fuhrwerk von Georg Schweizer in Sielmingen begegnete einem Lastauto. Das Pferd scheute und wurde von dem Auto erfaßt. Schweizer erlitt schwere Verletzungen am Kopf und einen Beinbruch. Der Autofahrer fuhr rücksichtslos davon. Der Verletzte wurde, nachdem er von Radfahrern aufgefunden worden war, durch einen Arzt in ein Stuttgarter Krankenhaus verbracht.

Oehringen, 5. Dez. Diebstahl. Einem Stuttgarter Herrn, der sein Auto ohne Aufsicht in der Poststraße hatte stehen lassen, wurden daraus zwei Decken und eine Tasche mit allerlei Inhalt gestohlen. Zwei Stunden später wurde der Täter in der Person des Fr. Haas von Scheppach verhaftet. Das Diebesgut konnte ihm wieder abgenommen werden.

Aus Stadt und Land

Nagold, 6. Dezember 1926.

Wer das Leben eine „Komödie" nennt, gibt zu, daß er selber ein Hanswurst ist.

*

Dienstnachrichten

Die Reichsbahndirektion hat den technischen Eisenbahninspektor Grimm in Freudenstadt (Bauinspektion) zum technischen Eisenbahnoberinspektor ernannt, den Eisenbahnobersekretär Wiser in Nagold nach Stuttgart Hauptbahnhof (Güterstelle) versetzt.

Auf Grund der im November ds. Js. in Tübingen abgehaltenen Prüfung hat die Befähigung für die höheren Stellen im Volksschuldienst erlangt: Gaiser Immanuel aus Pfrondorf.

Der erste Dezembersonntag

findet uns nun wirklich in weihnachtlicher Stimmung, so wie wir es wünschten, und Frau Holle, der wir am Samstag Ver-

Feuer am Nordpol.

Kulturroman von Karl-August von Laffert.

56) (Nachdruck verboten.)

3. Das geplante Kraftleitungskabel von Kennanland bis nach Alaska geht ebenso wie die Überlandleitungen in Alaska in den Besitz der United States über, wird aber an die Gesellschaft auf fünfzig Jahre gegen Abgabe von fünf Prozent des elektrischen Stromes verpachtet.

4. Nova Thule verpflichtet sich, einen seiner neuen Kampfflieger dem Kriegsdepartement zu überlassen.

5. Die United States behalten sich das Recht vor, nach diesem Modell eine Luftflotte zu bauen, verpflichten sich aber zur völligen Geheimhaltung.

6. Sollte durch die Schuld der Vereinigten Staaten die Konstruktion des Kampffliegers bekanntwerden, so verpflichten sich diese, Nova Thule gegen jeden feindlichen Angriff zu schützen."

Dieses sind in großen Zügen die vereinbarten Bedingungen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Union durch diese Vereinbarung in nicht beabsichtigte politische Verwicklungen hineingezogen werden kann. Doch ist die Gefahr nicht allzu groß, weil schließlich immer der Kongreß das letzte Wort mitzusprechen hat.

Die Übernahme des Kraftleitungskabels durch uns war eine Forderung Nova Thules, weil jenes nur auf diese Weise gegen französische Angriffe gesichert schien. Wir erreichten dafür als Gegenleistung den Besitz der Überlandleitungen in Alaska.

Der Überlassung eines ihrer Kampfflieger setzten die Vertreter von Nova Thule den größten Widerstand entgegen. Für uns aber lag in der Erfüllung dieser Forderung die Vorbedingung jeder weiteren Verhandlung.

Nachdem sich im Kampfe mit dem französischen Geschwader im vergangenen Herbst die ungeheure Überlegenheit der neuen Kampfflieger herausgestellt hat, gibt es kein Kriegsministerium der ganzen Welt, das nicht mit allen Mitteln den Versuch machte, sich in den Besitz dieser Konstruktion zu setzen. Bisher gelang es unseres Wissens noch niemand. Immerhin kann das Geheimnis nicht ewig gewahrt bleiben, und es ist nur eine Frage der Zeit, daß irgendeine Großmacht mit dem Bau dieser neuen gewaltigen Kriegswerkzeuge beginnt.

Der dadurch erreichte Vorsprung kann so schnell nicht eingeholt werden und würde den betreffenden Staat, wenigstens für eine gewisse Zeit, zur militärischen Vormacht der Welt erheben. In diese glückliche Lage gelangen wir durch den vorliegenden Vertrag, dessen baldige Unterzeichnung daher dringendes Erfordernis ist. Denn in den Händen der United States wird dieses starke Kriegsinstrument niemals zu imperialistischen Forderungen oder zur Knechtschaft eines anderen Volkes ausgenutzt werden, sondern nur zur Erhaltung des Weltfriedens und der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Zweites Kapitel.

Brief Stratows an Linda.

Kalmikowskaja, den 14. Januar.

Liebe Linda!

Es sind bereits zwei Monate seit Deiner Abreise nach Saratu vergangen. Schon mehrfach bat ich Dich, einmal wieder nach Kalmikowskaja zu kommen, damit ich Dir unsere neuen Anlagen hier und in Uralsk zeigen könnte. Du lehntest ohne ersichtliche Gründe ab. So muß ich Dir schriftlich auseinandersetzen, was ich lieber persönlich besprochen hätte.

Dein ehemaliger Freund, der Präsident von Nova Thule, Herr Sanders, macht mir Sorgen. Er scheint ein wenig an Größenwahn und Selbstüberhebung zu leiden und vergißt, daß er schließlich doch nur ein Geschöpf von unseren Gnaden ist. Zunächst hat er sich, entgegen den mit uns getroffenen Abmachungen, eine Schutztruppe geschaffen, die fast ausschließlich aus Deutschen besteht. Nominell gehört auch eine größere Anzahl Russen zu dieser Truppe, doch werden sie allmählich und systematisch ausgeschaltet. Auch die Beamten und Angestellten der Gesellschaft sind fast ausschließlich Deutsche oder unzuverlässige Russen, die sich durch Versprechungen von Sanders gewinnen ließen.

Nun hat Sanders, hinter dem natürlich auch mein verehrter Geschäftsfreund Hagen steckt, im geheimen einen Vertrag mit Amerika abgeschlossen, wonach die Hälfte des gesamten Aktienkapitals der Gesellschaft in amerikanische Hände übergeht. Uns gegenüber begründet er die Sache damit, daß man nur auf diese Weise unser Unternehmen gegen Zugriffe der Franzosen zu schützen vermöchte. Dadurch wird der Einfluß Rußlands in bedrohlicher Weise beschränkt.

Für mich wurde nun die Frage brennend, was da zu tun ist. Natürlich will ich versuchen, mich zunächst in Frieden mit Sanders auseinanderzusetzen. Gelingt das aber nicht, dann dürfen wir auch vor gewaltsamen Mitteln nicht zurückschrecken. Die Möglichkeit dazu ist gegeben. Ein großer Teil der russischen Arbeiter und Angestellten in Nova Thule ist mir und Rußland treu ergeben. Sie bilden eine im geheimen fest gegliederte Mannschaft, die bereit ist, auf einen Wink von mir zuzufassen.

Es bleibt nur noch zu erwägen, ob wir diesen Gewaltakt so lange verschieben sollen, bis der im Beginn des Frühjahrs zu erwartende französische Angriff stattgefunden hat. Ausgeschlossen ist es nicht, daß Frankreich überhaupt von Gewaltmaßnahmen absehen wird, sobald die deutschen Führer abgesetzt sind. Andererseits könnte die Verteidigung Nova Thules gefährdet werden, wenn nach der Beseitigung von Sanders und Nagel alle übrigen Deutschen das Land verlassen sollten.

Diese Dinge lassen sich aber mit Sicherheit nur an Ort und Stelle beurteilen, und dazu bedarf ich Deiner Mitwirkung. Wundere Dich nicht, daß ich gerade Dir ein solches Spiel vorschlage. Ich tue es mit vollster Einschätzung Deines Charakters. (Du siehst, wie offen ich bin.) Ich weiß, daß Sanders Dich liebte und später verließ. Durch genaue Beobachtungen von Euch beiden gelangte ich zu dem Schluß, daß er Dich aufs tiefste verachtet, während Du ihm mindestens nicht sehr rosig gesinnt bist. Es müßte Dir also immerhin eine gewisse Genugtuung bedeuten, den etwas allzu übermütigen Herrn von seiner Höhe zu stürzen.

(Fortsetzung folgt.)

geßlichkeit zugetraut hatten, hat dies scheinbar übel genommen und uns bewiesen, daß sie dennoch weiß, was sie will. Der ziemlich reichliche Schneefall in der Samstag Nacht und am Sonntag Morgen verführte schon einige zum Wintersport und so konnte man verschiedene beobachten, die auf der Teufelshirnschale sich mit ihren Bretteln versuchten. Der Nachmittag vereinte wie stets, eine zahlreiche Anhängerschaft im Konzert des Vereinigten Lieder- und Sängerkranzes in der Turnhalle, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Volle Befriedigung konnte man auf den Gesichtern lesen, die nach dem gut aerlaufenen Konzert auf das wir wegen Raummangel erst morgen eingehen können, die Turnhalle verließen. Auch der Traubensaal war sehr stark besetzt, doch gab es hier weniger zu hören als zu sehen, denn dort führte der I. Boxklub Stuttgart ein Propagandaboxen vor. Sehr zu begrüßen war die Vorführung von Freiübungen, die den Boxern des Sportvereins gute Richtlinien geben konnten.

Am Abend klarte sich der Himmel auf und brachte Frost, der die schmutzigen Straßen wieder in gangbare Wege verwandelte. An den lange brennenden Lichtern in den Stuben der einzelnen Häuser konnte man sehen, daß sicherlich manches länger als sonst aufblieb, um Weihnachtsarbeiten zu verrichten und dann gings hinüber zum 6. Dezember, zum Nikolaustag mit seinen Ueberraschungen und wir wollen hoffen, daß unsere Leser alle recht schön brav waren und nicht vom Nikolaus in den Sack gesteckt werden und mit seiner Rute Bekanntschaft machen.

Vom Schwarzwaldverein

Dunkelgrüne Tannenwälder und der Schwarzwaldverein sind eigentlich zwei Dinge, die man mit der Zeit in seinem Denken zusammengeschmiedet hat. Und so fehlten auch die duftenden Tannenzweige an dem Familienabend des Schwarzwaldvereins nicht. Einfach und doch sinnig und geschmackvoll waren die Tische, die Decken und die Wände des Traubensaales geschmückt, in dem sich die zahlreiche Anhängerschaft des Vereins am Samstag Abend versammelt hatte und wo gleich zu Anfang, nachdem einige Herren vom Musikkolleg, das an diesem Abend in vorzüglicher Weise den musikalischen Teil der Unterhaltung bestritt, einen Eröffnungsmarsch vorgetragen hatten, Fräulein Witzemann in feindurchdachten Versen den frohgestimmten Schwarzwaldvereinlern so manches von der Schönheit des Schwarzwaldes erzählte. Der Vorsitzende, Herr Rechnungsrat Lenz, begrüßte hierauf in seiner bekannten humorvollen Art die Erschienenen und wies im besonderen auf den Vortrag über Amerika hin, der, von einem Deutsch-Amerikaner, Herrn Mack, gehalten, im Mittelpunkt des Abends stehen sollte. Der Vortrag des Herrn Mack interessierte in ganz besonderer Weise, gab er doch ein ganz anderes Bild von Amerika, wie wir es uns zu malen gewohnt sind. Aus manchen Worten klang wohl eine große Erbitterung, die wohl auch manche Widersprüche rechtfertigt, heraus und hierdurch eine persönliche Stellungnahme dem amerikanischen Volk gegenüber, mit dem die Zuhörerschaft wohl nicht immer ganz einig ging. In seiner Einführung zu dem Vortrag gab Herr Mack ungefähr Folgendes wieder:

Wenn ich mir erlaube Ihnen heute Abend etwas über die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zu erzählen und Ihnen eine Anzahl Lichtbilder zu zeigen, so tue ich dies aus verschiedenen Gründen. Die Vereinigten Staaten werden die größte Geld-, Militär, See- und wirtschaftliche Macht werden, die die Welt jemals gesehen hat. Und diese Macht wird nicht zum Wohl der Menschheit ausgeübt werden. Die Verlockungen und die Macht des allmächtigen Dollars ist so groß, daß die meisten Menschen in Europa geblendet werden, sodaß sie die dunklen Seiten des amerikanischen Lebens gar nicht sehen. Die meisten Europäer sind immer noch geneigt, in dem Amerika ein Land zu sehen, wo Freiheit herrscht und wo jeder unter günstigen Bedingungen leben kann, trotzdem Amerika in den Weltkrieg trat und Wilson Deutschland so schmälich betrogen hat. Das Land ist sehr schön und reich und an ihm als solches habe ich nichts auszusetzen. Es sind die Menschen, die dort wohnen, die mir nicht mehr gefallen. Das Amerika welches unsere Väter anzog für das sie schwärmten, wo alle Menschen frei waren, ihre Leben und Existenzen nach eigenen Idealen und Wünschen gestalten konnten, existiert nicht mehr, das gehört der Vergangenheit an. Die Freiheit ist getötet und von ihr sind kaum Spuren übrig. Das Großkapital und die Industrie-Kapitäne haben den ganzen Reichtum des Landes im Besitz und verfügen darüber, über alle Naturschätze etc. Die einzige Gelegenheit, die ein Einwanderer dort hat, ist für Lohn zu arbeiten.

Vielleicht sind Sie geneigt zu fragen, warum ich glaube, daß die Vereinigten Staaten ihre Macht nicht zum Wohl der Menschheit gebrauchen wird? Haiti, Philippinen, Nicaragua, Guatemala, Venezuela, Chile, Peru. Im Altertum wurden die Völker und Stämme gefangen genommen und kamen nach Babylonien, Aegypten, Rom und wurden dort als Sklaven verkauft. Heute läßt man sie auf ihrem heimatlichen Boden und beutet sie da aus; siehe Indien, Aegypten. Man nimmt die Ausrede, daß man diesen Völkern Kultur bringen will. Hat Indien keine Kultur? Wie alt ist diese? Und Aegypten? Amerika hat seine Könige, Prinzen, Herzöge, Grafen und Barone genau wie Europa. Nur sind diese in Amerika herzloser als in Europa. Warum? Weil sie niemand Rechenschaft schuldig sind. Weil sie keine Kultur und keine Traditionen haben, Oelkönige und Dollarprinzen. Sie wollen nur verdienen, wollen nur Profite einheimsen und fragen nicht darnach wie. Amerika lebt nur dem Gelde. Was verstehen wir darunter? Wenn jemand eine Million Dollar hat, kann er dann nicht gut und schön leben? Wenn er nach weiter trachtet und jagt, ist er nicht von Sinnen? Wissen Sie was die Statistik zeigt? Daß 65 % von allen Menschen in den Verein. Staaten arm sterben. Wissen Sie denn nicht, daß wenn man hier in Europa bleibt, man weniger Gefahr läuft, ins Armenhaus zu kommen als in Amerika.

In schönen Bildern führte uns der Vortragende durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, zeigte uns zahlreiche Ansichten von New York, prachtvolle Bilder aus wildromantischen Gegenden Amerikas, zeigte uns Philadelphia und Chicago, St. Louis und noch vieles andere mehr, das einzeln aufzuführen zu weit ginge. Das Schlußbild war die untergehende Sonne am goldenen Tor und der Redner bat, ihn in der Phantasie auf den großen Ozean hinauszubegleiten und dabei zu denken, daß seit unendlichen Zeiten die weiße Rasse die Welt regieree und beherrschte zum Nachteil der farbigen Rassen, daß nun aber diese farbigen Rassen aufgewacht seien und wir damit rechnen müssen, daß dereinst auf dem Pazifik die letzte große Schlacht um die Weltherrschaft geliefert wird, daß diese Schlacht zwischen Weiß und Farbig geschlagen wird und der Sieger für die nächste denkbare Zeit Herr bleibt. Wer dabei Sieger wird, müsse der Zukunft vorenthalten bleiben. Reichlicher Beifall belohnte Herrn Mack für seinen Vortrag. (Schluß folgt.)

*

Die Weihnachtsbeihilfe für die Beamten. Nach einer Berliner Meldung ist die Reichsregierung bereit, den Beamtengruppen 1—4 ein Viertel, den Gruppen 5—13 ein Fünftel des Monatsgehalts mindestens aber 30 und höchstens 60 Mark als Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Dazu kämen noch eine Frauenzulage von 20 und eine Kinderzulage von 5 Mark. Die Reichstagsparteien haben sich jedoch über die Zulagen noch nicht geeinigt.

*

Wildbad, 5. Dez. Ernennung. Der staatliche Badearzt, Medizinalrat Dr. Schober, ist mit Genehmigung des württ. Finanzministeriums zum Mitglied des Kuratoriums der Zentralstelle für Bäderkunde in Berlin und zum deutschen Mitglied des internationalen Ausschusses für die Erforschung und Vorbeugung der Rheumatismuskrankheit in Amsterdam ernannt worden.

Freudenstadt, 5. Dez. Beisetzung. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde am Donnerstag der in weitesten Kreisen bekannte Direktor des Kurhauses Palmenwald, David Huppenbauer, auf dem alten Friedhof beigesetzt. In der Kapelle des Kurhauses hielt Oberkirchenrat Knapp-Stuttgart eine Andacht. Auf dem Friedhof hielt Stadtpfarrer Herrlinger die Gedächtnisrede. Es wurden zahlreiche Kränze niedergelegt.

Letzte Nachrichten

Theodor Wolff scheidet aus der demokratischen Partei aus

Berlin, 6. Dez. Der Chefredakteur des „Berliner Tagblattes", Theodor Wolff, einer der Mitbegründer der demokratischen Partei, hat dem Vorsitzenden der demokr. Partei, Koch, in einem Schreiben seinen Austritt aus der Partei mitgeteilt. Er begründet sein Ausscheiden mit dem Verhalten der demokratischen Reichstagsfraktion zum Jugendschutzgesetz.

Presseempfang der Reichsregierung

Berlin, 6. Dez. Die Berliner Presse veranstaltete am Sonntag Abend im Reichstag den traditionellen Empfang der Reichsregierung verbunden mit künstlerischem Konzert. Nach einer Rede des Reichskanzlers Marx und einem sich daran anschließenden gesellschaftlichen Empfang in den Festräumen der Wandelhalle und des Plenarsitzungssaales sah man fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung und der preußischen Regierung, einen großen Teil der Gesandten der Länder und viele andere prominente Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Industrie, Handel und Presse.

Frankreich zum Gendarmerieschutz an der französischen Grenze

Paris, 6. Dez. Aus Nizza wird gemeldet, daß die Truppen- und Gendarmeriebewegungen, die französischerseits in den letzten Tagen an der italienischen Grenze vorgenommen wurden, beendigt seien.

Vor dem Rücktritt Nintschitsch

Berlin, 6. Dez. Nach einer Meldung des „Secolo" aus Belgrad nimmt dort das Gerücht immer festere Formen an, daß Nintschitsch infolge seines Mißerfolges in der Außenpolitik, insbesondere aber wegen des italienisch-albanischen Vertrages demnächst demissionieren werde.

Dänemark behält Grönland

Kopenhagen, 6. Dez. In norwegischen Zeitungen waren Gerüchte aufgetaucht, daß Dänemark beabsichtige, Grönland an Canada zu verkaufen. Innenminister Hauge erklärte hierzu dem Vertreter der Tel.-Union, Dänemark denke in keiner Weise an einen Verkauf Grönlands; es werde davon auch niemals die Rede sein können. Die Reise, die der Direktor des königlichen, grönländischen Handels, Jensen, nach Canada und Washington unternommen hat, habe nur den Zweck gehabt, Kryolith (ein Kristall) zu verkaufen und gemeinsame Interessen an arktischen Gegenden zu erörtern.

Generalstreik in Hankau

Paris, 6. Dez. Nach englischen Meldungen treffen aus Hankau keine Telegramme mehr ein. Es wird daher angenommen, daß der angekündigte Generalstreik begonnen habe.

Spiel und Sport.

F. C. Iselshausen I — Sportverein von 1911 I 1:9 (1:4)

Auf dem Sportplatz „am Kreutzacker" fand obiges Verbandsspiel statt; das Spielfeld hatte eine starke Schneedecke, an welche sich beide Mannschaften nun langsam gewöhnten. Iselshausen mußte eine hohe Niederlage einstecken, die man in dieser Höhe nicht erwartet hatte. Zahlreiche Zuschauer waren Zeuge des fair durchgeführten Kampfes.

Sportverein Schietingen I — S. V. N. II 3:4

Die ersatzgeschwächte 2. Elf des S. V. N. konnte auch ihr letztes Verbandsspiel gewinnen.

S. V. N. B-Jugend — V. f. B. Effringen A-Jugend 2:5

Effringen war körperlich stärker als unsere einheimische B-Jugend und hinterließ einen guten Eindruck.

Sp. Vg. Oberndorf I — S. P. Freudenstadt I 3:2 ng.

Handel und Volkswirtschaft

Viehpreise. Herrenberg: trächtige Kühe 450—580, Milchkühe 400—530, Schlachtkühe 230—420, Kalbinnen 460—630, Jungrinder oder Stiere 180—560. — Wurzach: Ochsen 400—600, Kühe 350—500, Kalbeln 450—550, Jungrinder 250—320, Kleinvieh 150—220 ℳ d. St.

Schweinepreise. Creglingen: Milchschweine 20—32. — Gaildorf: Milchschweine 18—22. — Herrenberg: Milchschweine 17—30, Läufer 45—72.

Fruchtschranne Nagold

Markt am 4. Dezember 1926.

Verkauft:

16,39 Ztr.	Weizen	Preis pro Ztr.	RM 15.00—15.50
1,50 „	Gerste	„ „ „	RM 12.00
1,42 „	Roggen	„ „ „	RM 12.00

Bei starker Zufuhr Handel flau.

Weizen, ca 25 Ztr., ist noch in der Schrannenhalle aufgestellt.

Nächster Fruchtmarkt, verbunden mit Krämer- Vieh- und Schweinemarkt am Donnerstag, den 9. Dezember 1926.

Zu passenden
Weihnachts-Geschenken
empfehle

Aermelhalter	Handschuhe	Nachtjacken	Strampelhöschen
Beinkleider	Handtücher	Nachthemden	Strickjacken
Bettzeuge	Hauben	Nähkasten	Strümpfe
Bettücher	Hemdenstoffe	Oberhemden	Tafeltücher
Bettvorlagen	Hosenträger	Ohrenschützer	Taschentücher
Blusen	Jagdwesten	Pulswärmer	Taschen
Blusenstoffe	Kinderhöschen	Quasten	Teegedecke
Kravatten	Kindersteppdecken	Röcke	Tischdecken
Damast	Kinderkittel	Samte	Tischtücher
Damenhemden	Kinderröcken	Satin Augusta	Unterhosen
Einstecktücher	Kleider	Servietten	Unterleibchen
Einsatzhemden	Kleiderstoffe	Socken	Vorhemden
Frottierwaren	Kragen	Sockenhalter	Wachstücher
Gamaschen	Kragenschoner	Sofaüberzüge	Wäschekasten
Gardinen	Läuferstoffe	Sportstrümpfe	Windjacken
Gläsertücher	Ledertaschen	Schals	Westen
Haarbänder	Mäntel	Schirme	Wolldecken
Handarbeiten	Mantelstoffe	Schlupfhosen	etc. etc.
	Mützen	Schürzenstoffe	

1863

Reinhold Hayer, Altensteig.

Sagitta-Husten-Bonbons
bei Husten, Heiserkeit, Bronchial-Katarrh,
Verschleimung, rauhem Hals. Von Ärzten bestens empfohlene, kräftige, schmerzlindernde und schleimlösende Hustenmedizin in fester Form. In allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: Apoth. Nagold, Altensteig, Horb, Herrenberg. 1843

Schöne, starke, 32 Wochen trächtige

Kalbin
verkauft 1847
Joh. Gg. Dürr
Mindersbach.

Amtliche Bekanntmachung.
Krämer- Vieh- und Schweinemarkt.

Der in **Nagold** am **Donnerstag, den 9. Dezember**, fällige Krämer, Vieh- und Schweinemarkt wird unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Rindvieh und Schweine aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen nicht zugeführt werden.
2. Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen. Außerdem sind **für alle zum Markt gebrachten Tiere Ursprungszeugnisse** beizubringen. Tiere, für welche die Zeugnisse fehlen, werden unnachsichtlich zurückgewiesen.
4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung, sowie außerhalb des Marktplatzes ist am Markttag jeder Handel verboten.

Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft.

Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt zurückgewiesen.

Nagold, den 4. Dezember 1926.

1859 **Oberamt:**
Dr. Raunecker, stv. Amtmann.

Stadtgemeinde Nagold.

Zu dem am nächsten **Donnerstag, den 9. Dez. ds. Js.** stattfindenden 186

Krämer-, Vieh-, Schweine-,

sowie **Fruchtmarkt** ergeht Einladung.

Der Fruchtmarkt am Samstag, den 11. ds. Mts. fällt aus.

Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Nagold, den 4. Dezember 1926.

Stadtschultheißenamt: Maier.

Vergebung v. Bauarbeiten

Das **Herzogliche Rentamt Stuttgart** vergibt die beim Neubau eines Getreideschuppens in **Niederreutin** vorkommenden Bauarbeiten, welche berechnet sind zu

Maurerarbeit	2750	**Mark**
Zimmerarbeit	6470	**Mark**
Schmiedarbeit	268	**Mark**
Flaschnerarbeit	559	**Mark**

in Verdingung. 1853

Die diesbezüglichen Unterlagen liegen vom **Dienstag, den 7. bis Freitag, den 10. ds. Mts., mittags 2 Uhr,** bei mir in Niederreutin zur Einsicht auf und wollen verschlossene, mit entsprechender Aufschrift versehene, in Prozenten ausgedrückte Angebote bis **Freitag, den 10. ds. Mts., mittags 2 Uhr,** an mich eingesandt werden.

Niederreutin, den 3. Dez. 1926.

F. A.:
Domänepächter Ruoff.

Große Auswahl in nur guten Qualitäten
finden Sie in

Herren-, Damen- und Kinderwesten, Damenjacken
gestr. Kinder-Mäntel, -Kleidchen, Jäckchen, -Kittel und -Höschen, Gamaschen, Anzügen für Knaben, Woll-Mützen, -Schals, Häubchen, Sport-Strümpfe, Sportwolle, Strümpfe und Socken
in vielen Farben und Qual.,
Woll- und Baumwollgarnen.

Stefan Schaible
Nagold. 1865

Nur andauerndes Inserieren
— — bringt Erfolg! — —

Nagold. 1867

Diejenigen hiesigen Bürger, denen der

Dreschlohn

bei der städtischen Dreschmaschine zu hoch ist, wollen mir bis Dienstag abend die Garbenzahl, Dreschdauer und den bezahlten Preis schriftlich mitteilen.

Julius Raaf.

Notenhefte
bei **G. W. Zaiser.**

Mandeln, Citronat, Orangeat, Sultaninen, Zibeben, Feigen, Citronen, 3 St. 20 Pfg., **Zimmt, Nelken, Anis, Fenchel, Sprengerles-Mödel, Ausstecher, Rührschüsseln**
empfiehlt 188
Hermann Knodel.

Eine Singer
mit Motor u. Nählicht
* **Das nützlichste** *
Weihnachts-Geschenk
*
Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft

Pforzheim, Westl. 58.

Hamburg-Mannheimer

Gegr. 1899 **Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Hamburg** Gegr. 1899
(In Arbeitsgemeinschaft mit „Albingia" Vers.-Akt.-Ges. Hamburg und anderen)

Gesamtprämieneinnahme mehr als 70 Millionen Reichsmark jährlich. 1854

Die Todes- u. Erlebensfall-Police
versorgt den Versicherten für sein Alter, zugleich aber auch seine Familie für den Fall seines vorzeitigen Ablebens.

Die Familien-Police
verbindet die Altersfürsorge mit der wirtschaftlichen Sicherstellung der Witwe und im Falle ihres Ablebens auch der Waisen.

Filialdirektion für Württemberg und Hohenzollern:
Gg. Müller, Stuttgart, Gartenstr. 44,
Tel. 25675 und Tel. 25675
Oberinspektor Karl Günthner
Schultheiss a. D. in **Schwarzenberg.**

Bereits neuen, gut erhaltenen 1858

Kinderwagen

verk. billig, auch gegen Ratenz. Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Bl.

Sämtliche

Back-Artikel

empfiehlt
Gottlieb Schuon
1866 Marktstr.

Wer einen **Obstgarten** hat oder anlegen will, abonniere bei seinem Postamt für vierteljährlich Mk. 1.25 die Monatsschrift

Der Obstbau

(Herausgegeben vom Württ. Obstbauverein u. der Landwirtschaftskammer)
und werde dadurch **Mitglied des**
Württ. Obstbauvereins e. V.

Beratung in allen Obst- u. Gartenbauangelegenheiten. Verkauf u. Vermittlung von Werkzeugen, Kunstdünger, Baumpflegematerialien, Schädlingsbekämpfungsmitteln. — Persönliche Besuche unseres Obstbauinspektors auf Verlangen.

Geschäftsstelle: STUTTGART, Eßlingerstr. 15. **Tel. 25312**

Visitenkarten fertigt G. W. Zaiser.

In dem Konkursverfahren

betr. Karl Schäfer, Spielberg, ist zwecks Abnahme der Schluß-Rechnung wiederholt Schlußtermin bestimmt auf **10. Dezember 1926, nachm. 4 Uhr.**

1862 **Amtsgericht Nagold.**

Meine bekannten reinwollenen

Walk-Jacken
(Unterwärmer)
Walk-Socken
Stricker-Stiefel u. -Schuhe

bringe ich zur jetzigen Bedarfszeit in empfehlende Erinnerung 1845

Stefan Schaible, Nagold.

Erklärung!

Mein Ehemann 1855
Otto Stoll, Schmiedmeister,
welcher bei der

Hamburg-Mannheimer
Vers.-Akt.-Ges.

seit Juni 1926 versichert war, starb am 5. August 1926. Trotzdem eine Verpflichtung seitens der Gesellschaft, die versicherte Summe zu zahlen, laut den Bedingungen nicht vorlag, hat sie unter Berücksichtigung meiner Notlage die volle Versicherungssumme durch die

Filial-Direktion Stuttgart,
Gartenstraße 44

ausbezahlt. Der Gesellschaft sei hiefür herzlicher Dank gesagt und kann ich dieselbe jedermann aufs Beste empfehlen.

Calmbach, den 2. Dez. 1926.

gez.: **Frau Christine Stoll,**
geb. Steininger.

Ziehung **garantiert unwiderruflich** 10. Dez 1926

13. Geld-Lotterie

zugunsten des
Ueberlinger Münsters
1875 Geldgew. u. 1 Prämie zus. RM.
12500
Höchst- und Hauptgewinne
6000
5000
1000
Lose 1 M. Porto u. Liste 25 Pfg. extra, empfiehlt
Eberhard Fetzer
Stuttgart, Friedrichstr. 56
Tel. SA. 202 26, Postscheckk. 8413
sowie die Württ. Lotterie-Einnehmer und bekannten Verkaufsstellen.

Hier bei: 1722
G. W. Zaiser
Buchhandlung.

Etwas Gutes 1777

für Haare u. Haarboden ist echtes
Brennessel-Haarwasser
mit den 3 Brennesseln
Böhle Wwe., Friseurgeschäft.
Apotheke Wildberg.

Kalender
bei **G. W. Zaiser.**

W. Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Stangen-Verkauf.

Am Mittwoch, den 15. Dezember 1926, nachm. 2 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch" aus Staatswald Fi. u. Ta.: Bauholzstangen 65 St.; Baust. Ia 700, Ib 1052, II. 1038, III. 365 St.; Hagst. I. 66, II. 956, III. 1420 St.; Hopfenst. I. 2220, II. 3864, IV. 2113, V. 3674 St.: Rebst. I. 4785, II. 490 St. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H. Stuttgart. 1862

Effringen.

Nächsten **Dienstag, 7. Dez.,** mittags 12 Uhr, verkauft einen Wurf schöne, starke, gut angefütterte

Milch-Schweine
Georg Junger.